

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Asien
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Guðrun Wacker

Chinas Stellung in der „Allianz gegen den Terrorismus“

Interessen und Ziele

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind
Arbeiten im Feld der
Forschungsgruppe, die nicht als
SWP-Papiere herausgegeben
werden. Dabei kann es sich um
Vorstudien zu späteren SWP-
Arbeiten handeln oder um
Arbeiten, die woanders
veröffentlicht werden. Kritische
Kommentare sind in jedem Fall
willkommen.

Inhalt

- 1. Einleitung 3**
- 2. Die Reaktionen: offizielle und inoffizielle 3**
- 3. Chinas Ausgangssituation: innenpolitisch und im Verhältnis zu den USA 3**
- 4. China als Mitglied in der "Allianz gegen den Terrorismus": Motive, Erwartungen, Optionen 5**
- 5. Die Folgen: Stärkung oder Schwächung der Stellung Chinas? 6**

1. Einleitung¹

China hat sich zum Mitglied in der "internationalen Allianz gegen den Terror" erklärt, wenn auch mit einigen Einschränkungen - also kein bedingungsloser Schulterschluß mit den USA, wie ihn einige europäische Staaten verkündeten.

Im folgenden soll es darum gehen darzustellen, was China zu diesem Schritt bewogen hat, was es sich davon erwartete und in welcher Situation sich China nun nach den Militärschlägen in Afghanistan und der Entmachtung der Taliban wiederfindet.

2. Die Reaktionen: offizielle und inoffizielle

Direkt nach Bekanntwerden der Terroranschläge des 11. September 2001 in den USA schickte der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin ein Telegramm an Präsident Bush und drückte sein Beileid und Mitgefühl aus. Zeitgleich begann in China eine heftige Debatte im Internet (z.B. auf den Bulletin Boards der "Volkszeitung" und einigen chinesischen Internetportalen), in der zwar ebenfalls Bedauern über die Geschehnisse zum Ausdruck kam, überwiegend aber die Meinung vertreten wurde, die USA hätten die Terroranschläge selbst verschuldet - Terrorismus sei die Kehrseite des amerikanischen Hegemoniestrebens, der Machtpolitik und des Unilateralismus, die kennzeichnend seien für amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Der selbsternannte Weltpolizist habe dafür die Quittung präsentiert bekommen. In einigen Beiträgen wurde die Meinung vertreten, die Terroranschläge seien das Ergebnis der immer stärker wachsenden Ungleichheit in der Welt. Die Globalisierung unter Führung der USA vertiefte die Kluft zwischen Nord und Süd, Arm und Reich. Die Ausbreitung von Unzufriedenheit, Wut und Haß seien die Folge.

In die laufende Debatte, die innerhalb weniger Tage auf Hunderte von Meinungsäußerungen answoll, schalteten sich auch eine Reihe von chinesischen USA-Experten ein, die Volkszeitung arrangierte online-Chats mit Spezialisten aus verschiedenen Instituten. Hier wurde die Frage eher unter dem Gesichtspunkt beleuchtet, was die Terroranschläge für das chinesisch-amerikanische Verhältnis bedeuten könnten, was die Folgen für die Weltwirtschaft sein könnten und für die amerikanischen Pläne zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems, dessen Sinn- und Nutzlosigkeit sich nach chinesischer Meinung durch die Terrorakte erwiesen hatte. Für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen sah man hier eine positive Chance. Schließlich verurteilte ja auch China Terrorismus in jeder Form.

In den offiziellen Reaktionen unterstützte China die USA, aber mit folgenden Vorbehalten:

1. Es müßten Beweise für die Beteiligung/Drahtzieherschaft Osama bin Ladens und al Qaidas vorgelegt werden.
2. Jede Aktion müsse mit einem Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen legitimiert sein.
3. Bei einem Militäreinsatz sollten klare Ziele ausgemacht werden und Opfer unter der Zivilbevölkerung so gering wie möglich gehalten werden.

3. Chinas Ausgangssituation: innenpolitisch und im Verhältnis zu den USA

Innenpolitisch am engsten und direktesten verknüpft mit den Terroranschlägen vom 11.9. war die Lage in Xinjiang, der Nordwestregion Chinas. In dieser Region, die reich ist an Bodenschätzen (u.a. Energieträger), die aber erst im 18. Jahrhundert formell in das chinesische Kaiserreich inkorporiert wurden, gab es immer wieder Aufstände gegen die chinesische Herrschaft und Versuche, ein unabhängiges "Turkistan" auf Teilen des Territoriums von Xinjiang zu errichten. Obwohl sich nach 1949 die Bevölkerung in dieser Region durch Zwangsumsiedlungen und freiwilligen Zuzug immer mehr zugunsten der Han-Chinesen verschob, bilden turkstämmige muslimische Uiguren nach wie vor knapp die Bevölkerungsmehrheit Xinjiangs. Darüber hinaus leben in Xinjiang auch Hui (chinesische Muslime), ca. 1,2 Mio. Kasachen, kleinere Gruppen von Kirgisen, Usbeken und Tadschiken, aber auch Mongolen und Angehörige anderer Minderheiten.

¹ Vortrag am Ost-West-Kolleg in Brühl 20.2.2002, Seminar: "China im 21. Jahrhundert: Entwicklungsland oder Supermacht?"

Auch nach Gründung der Volksrepublik kam es hier zu Protesten und Aufständen, die in den 1990er Jahren an Militanz zunahmen. Für die uighurische Bevölkerung Xinjiangs sind die weitere Migration von Han-Chinesen, Diskriminierung, Beschneidung freier Religionsausübung, die Ausbeutung "ihrer" Ressourcen durch die Zentralregierung immer wieder Anlaß zu Protestaktionen.

Wie hat Beijing bislang auf Protestaktionen und separatistische Ansätze in Xinjiang reagiert? Man versucht, auf mehreren Ebenen dagegen vorzugehen:

1. **Direkte Bekämpfung:** Jede Form von Protest, Streik oder Unruhe wird rigoros durch Sicherheitskräfte beendet, was z.B. im Falle einer Protestaktion in Ghulja an der Grenze zu Kasachstan im Jahr 1996 zu einer Eskalation des Konfliktes geführt hat. Schon seit 1996 wird in Xinjiang eine Aktion durchgeführt, die den sprechenden Namen "hart zuschlagen" trägt. Die landesweite Kampagne gegen Kriminalität und Korruption wurde für die Situation in Xinjiang modifiziert und umfaßt auch die Überprüfung religiöser Einrichtungen und religiöser Amtsträger und deren Umerziehung. Nach offiziellen chinesischen Angaben gab es zwischen 1997 und 1999 mehr als 200 Hinrichtungen in Xinjiang - die Zahlenangaben von Menschenrechtsorganisationen sind noch wesentlich höher. **Problem mit diesem Vorgehen:** Das undifferenzierte Vorgehen gegen jede Form von Protest und unautorisierte Religionsausübung kann einen Solidarisierungseffekt mit extremistischen Gruppierungen erzeugen.
2. **Wirtschaftsentwicklung:** Die ökonomische Entwicklung Xinjiangs voranzutreiben wird als probates Mittel angesehen, um die Unzufriedenheit in der Region abzuschwächen. Dies soll zum einen durch die Außenöffnung Xinjiangs erreicht werden, also durch verstärkte Handelsbeziehungen zu den benachbarten Staaten. Um das regionale Gefälle zwischen Küstenregionen und Hinterland zu verringern, wurde zudem ein groß angelegtes Investitionsprogramm der Regierung in den westlichen Regionen aufgelegt ("Aufbau West"), das hauptsächlich in den Ausbau der Infrastruktur fließen soll, um dann aus- und inländische Investitionen anzuziehen. **Problem mit diesem Vorgehen:** Wirtschaftsentwicklung ist kein Garant für größere Zufriedenheit, insbesondere, wenn die ethnischen Minderheiten nicht die Hauptprofiteure sind und bessere Infrastruktur zum Zuzug weiterer Han-Chinesen führt, die dann die besseren Arbeitsplätze bekommen.

Das Thema Xinjiang und separatistische Gruppen in dieser Region war bis zum 11.9. nicht im Blickfeld der Weltöffentlichkeit, d.h. der westlichen Medien. Während Tibet durch die Person des Dalai Lama und die tibetische Exilregierung international nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch viel Sympathie genießt und Taiwan durch seine exponierte Situation gegenüber China und durch den Wandel vom autoritären zum demokratischen System ebenfalls im Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit ist, wäre es schon viel gewesen, vor dem 11.9. zu erwarten, daß jemand Xinjiang auf der Weltkarte hätte verorten können. "Internationalisiert" war das Xinjiang-Problem vor dem 11.9. allenfalls im Rahmen der "Shanghaier Fünf" bzw. "Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit". Diese lockere Organisation war aus den Verhandlungen über den Grenzverlauf, vertrauensbildende Maßnahmen und Truppenabbau entlang der Grenzen zwischen China und denjenigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die direkt an China angrenzen, hervorgegangen. Im Sommer 2001 trat den "Shanghaier Fünf", wie die Gruppe genannt wurde, mit Usbekistan ein weiteres Vollmitglied bei und es erfolgte die Umbenennung in "Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit". Den Kampf gegen die "drei Kräfte", nämlich gegen Separatismus, religiösen Extremismus und Terrorismus hatten die ursprünglichen Shanghaier Fünf (Rußland und China, Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan) bereits im Jahr 1999 prominent auf ihre Agenda gesetzt. Während Rußland sich mit den Sezessionsbestrebungen Tschetscheniens auseinanderzusetzen hatte und China sich mit Protestaktionen uighurischer Gruppen nicht nur in Xinjiang, sondern auch in den benachbarten zentralasiatischen Republiken konfrontiert sah, wurden insbesondere Kirgistan und Usbekistan von Überfällen, Bombenattentaten und Entführungen von radikalen islamistischen Organisationen heimgesucht, die teilweise von tadschikischem Territorium aus operierten. Afghanistan wurde als die externe Kraft angesehen, die zu dieser Destabilisierung beitrug und durch Ausbildung und materielle Unterstützung mit verursachte.

Vermutlich hätte Beijing die Xinjiang-Frage gerne in ihrem Schattendasein belassen und dieses Thema nicht

in der internationalen Gemeinschaft breitgetreten. Aufgrund der Terroranschläge in den USA ist Beijing aber in die Offensive gegangen: Das Informationsbüro des Staatsrates hat im Januar ein Dokument verabschiedet, in dem die als terroristisch eingestuften Gruppierungen in Xinjiang und ihre Aktivitäten aufgelistet werden. In einer Kurzfassung wurde ein ähnliches Dokument auch bei der chinesischen Vertretung bei den Vereinten Nationen hinterlegt. Exil-ughurische Gruppen reagierten mit einer Gegendarstellung.

Außenpolitisch betraf die Entscheidung, sich dem Kampf gegen den Terrorismus anzuschließen, hauptsächlich das Verhältnis zwischen Beijing und Washington. Wie war die Ausgangssituation zum Zeitpunkt der Terroranschläge?

Nach den relativ positiven Entwicklungen, die es im Verlauf der zweiten Clinton-Regierung in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu verzeichnen gab - gipfelnd im Besuch Clintons in China im Jahr 1998, bei dem der amerikanische Präsident China nicht nur als "strategischen Partner" bezeichnet hatte, sondern auch in bezug auf Taiwan gewisse Zugeständnisse gemacht hatte ("drei Neins"), zeichnete sich mit dem Wechsel der Administration in den USA auch eine härtere Gangart in der China-Politik der USA ab. Die Vorstellung, durch wirtschaftliches Engagement Chinas zum inneren Wandel beizutragen, stieß mehr und mehr auf Kritik. ("Handel durch Wandel" ist Prinzip der China-Politik der europäischen Staaten.) Rhetorisch drückte sich dieser Umschwung darin aus, daß China von Bush nicht mehr als "strategischer Partner" bezeichnet wurde, sondern als "strategischer Konkurrent". Politisch war die Wandlung gekennzeichnet durch eine strategische Abwertung Chinas im außenpolitischen Kalkül der USA.

Zu den "Dauerbrennern" zwischen den USA und China gehören die Menschenrechtsfrage, der Vorwurf der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Chinas Haltung zu Taiwan. Dazu kamen weitere Probleme: Die Ausweitung und Forcierung amerikanischer Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrsystems, der Zusammenstoß eines amerikanischen Spionageflugzeugs mit einem chinesischen Jagdflugzeug vor der chinesischen Küste im April 2001 sowie die kurz darauf erfolgte Entscheidung der US-Regierung, moderne Rüstungstechnologie/Waffensysteme an Taiwan zu liefern. All dies trug dazu bei, für Verstimmung in den beidseitigen Beziehungen zu sorgen.

Schon vor dem 11. September hatte sich eine leichte Entspannung der Situation abgezeichnet: Die USA verlängerten den Meistbegünstigungsstatus (was notwendig wurde, weil China noch nicht formell der WTO beigetreten war) und sie sprachen sich nicht gegen die chinesische Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahr 2008 aus. Das für Taiwan bestimmte Paket an Waffen umfaßte nicht die von Taipei gewünschten fortgeschrittensten Varianten (nicht Aegis-Zerstörer, sondern Kidd-Class). Grundsätzliches Mißtrauen der USA bezüglich künftiger Ambitionen der "kommenden (Super)macht" China blieb aber bestehen, und in den Grundsatzfragen - Proliferation, Taiwan und Menschenrechte - hatte es keine wirkliche Annäherung gegeben.

4. China als Mitglied in der "Allianz gegen den Terrorismus": Motive, Erwartungen, Optionen

Welches waren die Motive, sich der Koalition gegen den Terrorismus anzuschließen? Was erwartete sich China? Und welchen Beitrag leistete China tatsächlich?

Im Grunde hatte die chinesische Führung keine andere Wahl, als sich auf die Seite der USA zu stellen. Präsident Bush brachte die Alternativen auf eine einfache Formel: Wer nicht für die USA ist in diesem Kampf, der ist gegen die USA. Durch eine erklärte Nicht-Beteiligung an der Allianz wäre China Gefahr gelaufen, sich international zu isolieren - ein wenig wünschenswerter Status, wie die Volksrepublik nach Tiananmen 1989 bereits erfahren hatte.

Allerdings gab es aus chinesischer Sicht auch gute Gründe, sich der Koalition anzuschließen: Erstens fühlte es sich selbst vom Terrorismus bedroht, dessen externe Hauptquelle Beijing im Taliban-Regime in Afghanistan sah. (Man kann sich allerdings über die chinesische Definition von "Terrorismus" streiten, denn China versuchte nicht nur separatistische Bestrebungen in Xinjiang mit Terrorismus gleichzusetzen, sondern auch Tibet, Taiwan und die offiziell verbotene spirituelle Gruppierung Falungong in die Nähe des Terrorismus zu rücken). Zweitens waren unter den Opfern im World Trade Center auch chinesische Staatsbürger. Und drittens bot sich damit

eine Gelegenheit für China, sich als verantwortungsbewußter Mitspieler in internationalen Angelegenheiten zu erweisen.

Wichtig ist auch, daß die Jahre 2002 und 2003 für China in mehrfacher Hinsicht entscheidend sein werden. Zusätzliche außenpolitische Konflikte wären unter diesen Bedingungen eine erhebliche Belastung:

Zum einen erfolgte im Dezember 2001 in Doha die endgültige Aufnahme Chinas (und sofort anschließend auch Taiwans) in die Welthandelsorganisation. In vielen Bereichen sind in den Beitrittsabkommen zwar Übergangsfristen von 5-6 Jahren bis zur endgültigen Liberalisierung festgelegt. Es ist aber angesichts der riesigen Probleme, denen sich China strukturell gegenüber sieht, keineswegs ausgemacht, daß der WTO-Beitritt, der schon als "Schocktherapie" bezeichnet wurde, die erhofften positiven Effekte bringt und ein Erfolg wird.

Zum anderen steht im Herbst dieses Jahres und im Frühjahr des nächsten mit dem Parteitag und dem Nationalen Volkskongreß ein fast kompletter Führungswechsel in Partei und Regierung an. Jiang Zemin wird als Parteisekretär und als Staatspräsident abtreten, Zhu Rongji seinen Posten als Ministerpräsident aufgeben. In einer solchen Phase ist innen- und außenpolitische Stabilität ein Gebot, um einen möglichst reibungslosen Führungswechsel zu gewährleisten. (Der Führungswechsel ist nicht institutionalisiert.)

Jiang Zemin mußte unter diesen Vorzeichen ein Interesse daran haben, die Möglichkeit für eine Verbesserung des Verhältnisses zu den USA zu nutzen. Als Erbe einen außenpolitischen Scherbenhaufen zu hinterlassen, konnte kaum in seinem Sinne sein. China möchte schließlich als verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft, das mit einem permanenten Sitz im Sicherheitsrat globales Mitspracherecht genießt, anerkannt werden.

Daß China auf einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen bei der Verhängung von Sanktionen oder gar Militäraktionen bestand, war konsequent, da nur über das chinesische Vetorecht im Sicherheitsrat eine gewisse Einflußmöglichkeit auf chinesischer Seite gewährleistet werden konnte.

China tritt immer wieder für die Prinzipien der "nationalen Souveränität" und "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker" ein. Militärische Interventionen ohne Mandat der Vereinten Nationen wie im Falle der Nato-Angriffe auf Jugoslawien (bei denen auch noch die chinesische Botschaft in Belgrad bombardiert worden war) werden von chinesischer Seite als "neuer Interventionismus" kritisiert. Dahinter steht - so unwahrscheinlich das auch aus unserer Sicht erscheinen mag - auch die Befürchtung, unter Umständen selbst zum Ziel einer "humanitären Intervention" werden zu können.

Der bisherige Beitrag Chinas zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird von amerikanischer Seite nicht als substanziell angesehen, und schon gar nicht als entscheidend für den "Feldzug gegen das Böse". Er bestand u.a. darin, die Resolutionen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates (Security Council resolution 1368 upholding Washington's right to self-defence) mitzutragen. In diesen Resolutionen wurde nicht versucht, den Begriff "Terrorismus" zu definieren - wäre ein solcher Versuch unternommen worden, wäre ein so schnelles Zustandekommen der Entschlüsse wohl nicht möglich gewesen. Des weiteren gab Beijing Pakistan Rückendeckung für die Entscheidung einer Unterstützung der USA. Den USA selbst wurden offenbar Geheimdienstinformationen über Afghanistan zur Verfügung gestellt, wenn auch keine Details hierüber bekannt wurden. An den Grenzen zu Afghanistan und Pakistan wurden die Truppen verstärkt, um die Flucht von al Qaida- und Taliban-Kämpfern zu verhindern. Die USA und China vereinbarten die Bildung einer Arbeitsgruppe zu Fragen von internationalen Geldflüssen terroristischer Gruppen und regelmäßige Treffen von anti-Terror-Spezialisten.

5. Die Folgen: Stärkung oder Schwächung der Stellung Chinas?

Noch ist es zu früh, um die längerfristigen Folgen des 11. September auf die internationale Politik zu beurteilen. Betrachten wir die bisher absehbaren Konsequenzen der amerikanischen Reaktion auf die Terroranschläge, so muß die Bilanz aus Beijings Perspektive insgesamt eher negativ ausfallen.

Positiv:

1. Zwischen China und den USA ist zumindest auf rhetorischer Ebene ein weniger konfrontativer Ton

eingekehrt, der sich allerdings schon vor den Terroranschlägen abzuzeichnen begann, als der amerikanische Außenminister Powell im Juli 2001 China besuchte. Die Konzentration der USA auf den Kampf gegen den Terrorismus hat zunächst Druck von China genommen, das vor dem 11. September als strategischer Rivale (strategic competitor) der USA bezeichnet worden war. Die Taiwan-Frage stand - zumindest vorläufig - nicht mehr so weit oben auf der amerikanischen Agenda bzw. nicht mehr im Zentrum der Aufmerksamkeit.

2. Mit dem Taliban-Regime ist der wichtigste externe Faktor weggefallen, der von China für die Unterstützung uighurischer Unabhängigkeitsbestrebungen verantwortlich gemacht wurde. Die Versuche Chinas vor dem 11.9., durch das Angebot von Wirtschaftskooperation die Taliban dazu zu bewegen, von ihrem Herrschaftsbereich ausgehende Hilfestellungen für extremistische Organisationen oder Einzelkämpfer zu unterlassen bzw. zu unterbinden, waren nicht erfolgreich gewesen. Sollte es tatsächlich gelingen, in Afghanistan eine stabile Friedensordnung aufzubauen, würde zumindest diese Unterstützungsbasis für separatistische Kämpfer entfallen.

Negativ:

1. Zunächst ist festzuhalten, daß die Reaktion der USA auf die Terrorschläge und der überraschend schnelle Erfolg der Militäroperationen in Afghanistan die absolute Vormachtstellung der USA in der Welt offenbar werden ließen. Die USA sind die einzige verbliebene Supermacht nach dem Ende des Kalten Krieges, und die von China beklagte "Unipolarität" der Welt wurde unterstrichen. Anfängliche Hoffnungen einer Wende der USA zum Multilateralismus haben sich zerschlagen - nicht nur aus chinesischer, sondern auch aus europäischer Sicht. Die USA können sich ihre Alliierten je nach Bedarf aussuchen.
2. Die strategische Umgebung Chinas hat sich erheblich verändert. Im Zuge des "war against terror" haben die USA eine Militärpräsenz in Südasien, d.h. in Pakistan und Afghanistan, und in Zentralasien, insbesondere in Usbekistan und Kirgistan, aufgebaut, und es ist noch keineswegs klar, wie langfristig diese angelegt ist. Die Erfahrung sowie die derzeitigen Planungen lassen aber nicht erwarten, daß die USA einmal stationierte Truppen sofort wieder abziehen. So blieben amerikanische Truppen auch nach dem Ende des Zweiten Golfkrieges in Saudi Arabien (und Kuwait).
Was bedeutet amerikanische Militärpräsenz in Süd- und Zentralasien für China? China sieht sich in einer Umklammerung von Osten, Süden und nun auch Westen: Zusätzlich zu den amerikanischen Militärbasen in Japan (37.000) und Süd-Korea sowie in Südostasien ist China nun auch an seiner westlichen Grenze mit amerikanischen Truppen konfrontiert. Hatte es schon die "Partnerschaft für Frieden", mit der die zentralasiatischen Staaten näher an die NATO (gemeinsame Truppenübungen u.ä.) herangerückt waren, mit Mißtrauen gesehen, so sieht es jetzt diese Staaten (insbesondere Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan), zunehmend unter den Einfluß der USA geraten.
3. Die erst im Sommer 2001 mit großem Pomp aus der Traufe gehobene "Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit", die sich den Kampf gegen den Terrorismus so prominent auf die Fahnen geschrieben hatte, erwies sich als handlungsunfähig.
Obwohl die Premierminister der Mitgliedstaaten der SOZ wenige Tage nach den Terroranschlägen in Kasachstan zu einem ersten regelmäßigen Treffen zusammenkamen, brachten sie lediglich eine "Gemeinsame Erklärung" zustande, in der die Terroranschläge verurteilt wurden und man hervorhob, daß sich die SOZ dem Kampf gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus verschrieben habe. Konkrete Schritte dagegen wurden nicht angekündigt.
4. Rußland: Aus Beijings Sicht muß es so erscheinen, daß der russische Präsident Putin im Gefolge der Terroranschläge eine pro-westliche bzw. pro-amerikanische Wende vollzogen hat. Sowohl Putin als auch Jiang Zemin hatten umgehend auf die Terroranschläge in den USA reagiert, hatten eine Chance

gesehen, ihre jeweiligen Beziehungen zu den USA zu verbessern, aber Putin war mit seinem Unterstützungsangebot an Bush sehr viel erfolgreicher als Jiang Zemin. Untereinander stimmten sich Putin und Jiang Zemin erst zehn Tage nach dem 11. September ab.

Innerhalb Rußlands ist diese Westwende Putins umstritten, insbesondere sind unter den Militärs Gegner einer pro-westlichen Politik, und es regen sich Zweifel angesichts des zunehmenden US-Einflusses in Zentralasien.

Damit erwies sich die "strategische Partnerschaft" zwischen China und Rußland als Koloß auf tönernen Füßen: eine Partnerschaft, die sich hauptsächlich aus der beidseitigen Frustration mit einem dritten Land speist, und die beide Seiten bereit sind zu vergessen, wenn sich eine Gelegenheit bietet, die Beziehungen zu diesem dritten Land zu verbessern, kann kaum als "strategisch" bezeichnet werden, eher als taktisch.

Immerhin ist sich China mit Rußland noch darin einig, daß der UN-Sicherheitsrat bei allen Entscheidungen über weitere Militäraktionen der USA einzubeziehen ist.

5. Japan: Japan ist mit den USA durch die amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz aus dem Jahr 1953 verbunden. Diese wurde durch neue Richtlinien für die Zusammenarbeit im Verteidigungsfall im September 1997 reformiert. Während sich Japan am Golfkrieg ausschließlich finanziell beteiligte, wuchsen ihm im Rahmen des "war against terror" und der Militäroperation in Afghanistan eine Reihe Aufgaben zu, die unter anderen Umständen heftige Proteste von seiten Chinas ausgelöst hätten: logistische Unterstützung der USA durch Schiffe der japanischen Self Defence Forces, die in den indischen Ozean auslaufen. China mußte unter den gegebenen Umständen auf laute Kritik an Japan verzichten und sich darauf beschränken, Japan darauf hinzuweisen, welche Erinnerungen an den japanischen Militarismus im asiatisch-pazifischen Raum reaktiviert werden. Daß Japan künftig eine stärkere und aktivere sicherheitspolitische Rolle in der Region übernehmen wird, ist nicht von der Hand zu weisen. (Beteiligung auch an Raketenabwehrplänen der USA)
6. In den Beziehungen zu den USA und zum Westen: Es ist China nicht gelungen, Gruppierungen in Xinjiang auf die Liste der "terroristischen Organisationen" zu bringen. Während die USA die gegen Pakistan wegen seines Nuklearprogramms verhängten Sanktionen aufhob, blieben die gegen China wegen der Unterstützung Pakistans durch Lieferung von Raketentechnologie bestehen. Bezüglich Taiwans sind keine Zugeständnisse von amerikanischer Seite gemacht worden, etwa im Gegenzug für nachrichtendienstliche Zusammenarbeit Chinas. Vielmehr machten die USA deutlich, daß es kein *quid pro quo* geben wird. Die Pläne für das Raketenabwehrsystem der USA werden weiter vorangetrieben - allerdings unter stärkerer Information Chinas; die USA haben im Dezember 2001 unilateral den ABM-Vertrag aufgekündigt, ebenfalls nach vorheriger Ankündigung an die Adresse Beijings.
Nach der "State of the Union"-Rede Bushs, in der Irak, Iran und Nord-Korea als "Achse des Bösen" bezeichnet wurden, wird der Druck auf China, Verpflichtungen der Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen und Zusagen hinsichtlich der Proliferation von Raketentechnologie einzuhalten, eher noch steigen.
Was im Verhältnis zwischen China und den USA erreicht wurde, ist eine Änderung in der Rhetorik: Der Begriff des strategischen Konkurrenten zur Beschreibung Chinas ist aus dem Vokabular amerikanischer Politiker verschwunden; das grundsätzliche Mißtrauen auf amerikanischer Seite aber ist geblieben.